

Nachruf auf Petra Faderl Wir werden sie nicht vergessen

Am Abend des 2. Mai verstarb Petra Faderl nach langer Krankheit.

Der Tod von Petra Faderl bedeutet einen schmerzlichen Verlust, nicht nur für die Linkspartei.PDS in unserer Havelstadt, sondern darüber hinaus auch für viele andere Menschen in der Stadt und im Land, die sie mit all ihrer Zielstrebigkeit und ihrer großen Einsatzbereitschaft kennen und schätzen gelernt haben.

Petra Faderl gehörte zu den Mitbegründern der PDS in Brandenburg an der Havel und hat maßgeblich das Bild der Partei in der Öffentlichkeit geprägt. Über viele Jahre übte sie verantwortungsvolle Funktionen im Stadtvorstand und in der Fraktion aus. Für ihr Engagement und ihr konsequentes und fachlich fundiertes Auftreten, insbesondere in den Bereichen Jugend, Jugendhilfe, Kultur, Bildung und Sport hat sie sich viel Anerkennung und ein hohes Maß an Ansehen, auch über die Stadtgrenzen hinaus, erworben. Von 1990 bis März 2006 war Petra Faderl, mit einigen Jahren Unterbrechung, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Brandenburg an der Havel. In dieser Zeit war sie u.a. Stellvertreterin des Stadtverordnetenvorstehers, Vorsitzende des Ausschusses Gesundheit und Soziales, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses und stellvertretende Vorsitzende der PDS-Fraktion. In ihrer politischen Laufbahn ist sie für die PDS mehrmals als OB-Kandidatin angetreten und



hat hier gute Ergebnisse erzielt.

Während ihrer Zeit als Landtagsabgeordnete war Petra Faderl jugend- und sportpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der PDS und Mitglied des Landesjugendhilfe-ausschusses.

Gerade im Bereich des Sports war ihre Arbeit beispielgebend. So wirkte sie erfolgreich als Mitglied des Präsidiums des Landessportbundes und als einzige ostdeutsche Frau auch im Bundesausschuss Frauen und Mädchen im Sport des Deutschen Sportbundes (DSB).

Auch in zahlreichen anderen Vereinen und Verbänden war sie ehrenamtlich aktiv, wie z.B. im

Förderverein der Brandenburger Symphoniker und der Elterninitiative Brandenburg.

Mit großem Engagement setzte sie sich für alle Gruppen der Gesellschaft ein.

Wir werden Petra Faderl als eine Frau in Erinnerung behalten, die auch unbequeme Fragen nicht scheute und für die Werte wie soziale Gerechtigkeit, Menschenwürde und Solidarität immer im Mittelpunkt ihrer Arbeit standen.

Vorstand und Fraktion der
Linkspartei.PDS in Brandenburg an der Havel

Die Trauerfeier für Petra Faderl findet am Montag dem 21. Mai 2007 um 13.00 Uhr im Brandenburger Theater im CulturCongressCenter in Brandenburg an der Havel, Grabenstraße 14, statt.

Mindestlohn-Farce der SPD

SPD will Mindestlohn für Wahlkampf warmhalten

Das Agieren der Sozialdemokraten bezüglich der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland ist inzwischen zu einer politischen Farce geworden. SPD-Politiker in Bund und Land



Alfredo Förster und Diana Golze nahmen mit ca. 200 Brandenburgerinnen und Brandenburgern an der Demonstration am 1. Mai unter dem Motto „Du hast mehr verdiehnt“ teil.

fordern öffentlichkeitswirksam den Mindestlohn, doch wenn es zum parlamentarischen Schwur - spruch zu einer konkreten Abstimmung im Parlament - kommt, knicken sie ein.

So geschehen bei der Abstimmung im Bundestag über den Mindestlohn-Antrag der Fraktion DIE LINKE, als SPD und CDU/CSU den Antrag in den Fachausschuss überwiesen, um ihn dort schmoren zu lassen. So geschehen auch im Landtag Brandenburg, als die SPD-Fraktion geschlossen mit ihrem Koalitionspartner CDU gegen eine Mindestlohn-Initiative der Linkspartei.PDS-Fraktion stimmte. Der Koalitionsvertrag zwingt sie dazu, so die Sozialdemokraten zu ihrem Abstimmungsverhalten. Wenige Tage später reisten Brandenburgs Arbeitsministerin Dagmar Ziegler und SPD-Fraktionschef Günter Baaske nach London, um sich über die Erfahrungen mit dem Mindestlohn in Großbritannien zu informieren. Bei ihrer Rückkehr verkündeten sie: Man brauche vor der Einführung des Mindestlohns keine Angst haben.

Wohl wahr, möchte ich hinzufügen, aber welche

Auswirkungen auf das konkrete politische Handeln hat dieser Erkenntnisgewinn von Frau Ziegler und Herrn Baaske? In der SPD-Bundestagsfraktion haben einige Abgeordnete gegenüber Journalisten durchblicken lassen, dass man gar nicht traurig über den Schwebezustand beim Mindestlohn ist. Auf diese Weise könne man dieses Thema bis zum nächsten Bundestagswahlkampf warm halten und sich dann gegenüber dem Koalitionspartner CDU profilieren. Dass ausgerechnet eine sozialdemokratische Partei den Mindestlohn als politisches Kalkül für künftige Wahlkämpfe missbraucht und somit Lohndumping für mehr als zwei Millionen Beschäftigte absichtlich verlängert, ist politisch unanständig.

Glücklicherweise geht es auch anders; und zwar wenn Beschäftigte engagiert für ihre Belange eintreten. Bei Warnstreiks der IG Metall in der Heidelberger Druckmaschinen AG und im ZF Getriebewerk in Brandenburg an der Havel konnte ich mich davon überzeugen.

Der Kampf um gerechte Löhne war erfolgreich. Arbeitgeber und IG Metall einigten sich im Tarifkonflikt. So erhalten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zunächst 4,1 Prozent mehr Lohn und Gehalt. In einer weiteren Stufe wird der Lohn nach zwölf Monaten nochmals um 1,7 Prozent erhöht. Inzwischen wurde die Einigung, die zunächst für 800.000 Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg ausgehandelt wurde, auch in der Region Berlin-Brandenburg von den Tarifpartnern übernommen. Ein solches Beispiel macht Mut. Es ist nur folgerichtig, dass auch die Beschäftigten am konjunkturellen Aufschwung partizipieren. Denn auch im Osten Deutschlands muss gelten: „Guter Lohn für gute Arbeit“.

Diana Golze



Dialog für ein Brandenburg der Regionen

Regionalkonferenz in Brandenburg an der Havel

Es ist schade, dass Politiker vor den Wahlen das eine versprechen und nach den Wahlen das andere tun. Die jetzige Landesregierung ist dafür ein beredetes Beispiel. Statt den von ihr 2005 selbst angestoßenen Dialog mit ihrem Leitbild nun auch wirklich mit allen zu führen, lehnt sie die Debatte mit der LINKEN ab. Argwöhnisch beäugt sie den derzeit stattfindenden Diskussionsprozess der LINKEN.

Auch als Opposition trägt man Verantwortung. Anlass genug für die Landtagsfraktion unserer Partei selbst einen Dialog zu führen und mit dem Entwurf unseres Leitbildes, gut durchdacht in Stufen auf allen Ebenen mit Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft des Landes Brandenburg zu diskutieren.

An diesem heißen Samstag haben ganz viele unserer Genossinnen und Genossen den Weg ins TGZ gefunden, wir waren der am stärksten vertretene Kreisverband. Dafür noch mal ein herzliches Dankeschön! Nach der Begrüßung durch unsere Vorsitzende Silvia Hauffe und der Einführung unseres Landesvorsitzenden Genosse Thomas Nord waren wir auch ganz schnell beim Inhalt des Entwurfs „Dialog für ein Brandenburg der Regionen“. Die Vorsitzende der Landtagsfraktion, Kerstin Kaiser, erläuterte ein wenig näher den bisherigen Inhalt. Dieser veränderte sich nach jeder Regional- und Fachkonferenz. Es ist also ein „dynamisches“ Werk, das von den Diskussionen vor Ort lebt und davon profitiert. Die Landtagsfraktion hat mit diesem sehr umfangreichen Material viele Inhalte und Vorstellungen vorgelegt, wohin sich dieses Land entwickeln kann, nach meiner Ansicht auch muss. Bildung, insbesondere Schule, öffentliche Daseinsvorsorge, demographischer Wandel und wie wir dem begegnen, um nur einige Stichpunkte zu nennen.

Nach der Pause ging die Arbeit in drei Arbeitsgruppen weiter, deren Ergebnisse wurden dann dem Plenum vorgestellt. Für eine intensive Auseinandersetzung mit den einzelnen Themen war natürlich nicht genug Zeit. Die Diskussion zum Leitbild

geht weiter. Noch in diesem Jahr sollen zwei weitere Fachkonferenzen stattfinden. Ideen und Vorschläge können jederzeit eingebracht und bei uns in der Geschäftsstelle abgegeben oder an den Landesvorstand gemailt werden. Unter <http://www.dialog-fuer-brandenburg.de/> besteht die Möglichkeit, alle bisherigen Dokumente



Thomas Nord (Landesvorsitzender der Linkspartei.PDS Brandenburg) spricht auf der Regionalkonferenz im TGZ

zu lesen und eigene Vorschläge einzuarbeiten. Eine gelungene Veranstaltung endet mit einem Appell, in unserem Falle verabschiedeten die Anwesenden die „Brandenburger Erklärung zur 5. Regionalkonferenz“, der nach dem Verlesen alle zustimmten. Heinz Vietze sprach das Schlusswort und forderte zur weiteren Mitarbeit und Diskussion auf. Dem kann ich mich nur anschließen. P. Zimmermann



Gesundheitsreform und ihre Folgen

Zwei Veranstaltungen zum gleichen Thema

Am 25.04.07 referierte Dr. Pommerien, Chefarzt für Innere Medizin des Städtischen Klinikums Brandenburg an der Havel, über Inhalt und Auswirkungen der Gesundheitsreform für Arzt und Patienten. Eingeladen hatte der Seniorenverband des Öffentlichen Dienstes (BRH) in das Gebäude der Hauskrankenpflege „Jedermann“ in der Bauhofstraße.

Die Gesundheitsreform ist seit dem 01. April 2007 in Kraft. Das Papier umfasst ca. 160 Seiten und ein Ziel dieser Reform soll es sein, die vorsorgende Medizin (Prävention) zu stärken. Nach Meinung von Dr. Pommerien wird die Vorsorge jedoch nur als Mittel genutzt, um bisher gesunde Personen zu Patienten zu machen. Die gegenwärtigen Ausgaben für Prävention liegen ca. bei 0,085% des Gesamtetats der Gesundheitsausgaben. Die gegenwärtig anfallenden Gesundheitskosten sind höher als das erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt.

Ein weiteres Ziel dieser Reform ist die Senkung der Gesundheitskosten pro Kopf der Bevölkerung.

Es gibt aber auch positive Ergebnisse dieser Reform, einige Beispiele dafür:

- Möglichkeit für alle Bürger, sich krankenversichern zu lassen
- Aufnahme von neuen Leistungen in die gesetzliche Krankenversicherung (GKV)
- Bürger haben ein Anrecht auf ambulante Palliativbehandlung
- Nutzung der Hauskrankenpflege jetzt auch in neueren Wohnformen
- gesetzliche Verankerung der Rehabilitation auch für ältere Menschen
- Kostenübernahme von empfohlenen Impfungen durch die Krankenkassen
- Einrichtungen von Kinderhospizen

Bei der Verschreibung von teuren Arzneimitteln wird es in der Zukunft Einschränkungen geben. Die Ärzte dürfen lt. Gesetz weniger verschreiben. Krankenhäuser müssen, gemäß der Reform, 350 Mio Euro „Solidarbetrag“ an die Krankenkassen zu deren Entschuldung zahlen.

Dies wird zur Folge haben, dass eine nicht geringe Zahl von Krankenhäusern vor Existenzproblemen stehen wird. Dr. Pommerien vermutet, dass sich die

Zahl der Krankenhäuser um etwa. 1/3 verringern wird.

Der geplante Gesundheitsfonds soll ab 01.09.2009 in Kraft treten. Dies wäre zeitlich gerade nach den nächsten Bundestagswahlen. Dies ist, lt. Dr. Pommerien, so gewollt und seiner Meinung nach wird es diesen Fonds nie geben. Dieser Fonds würde mehr Bürokratie bedeuten. Es ist hier eine zentrale Verwaltung aller Beiträge der gesetzlich Krankenversicherten geplant. Der Bundestag bestimmt übrigens über die Höhe des Beitragsatzes zur GKV. Das Risiko bei diesem Fonds besteht darin, dass unser gegenwärtiges Gesundheitssystem chronisch unterfinanziert ist.

Gefahren, die diese Reform mit sich bringt:

- Schließung von Arztpraxen und Krankenhäusern
- lange Anfahrtswege und längere Wartezeiten
- massiver Stellenabbau im Gesundheitsbereich
- verstärkte Bürokratisierung

Krankenkassen und einige Politiker haben starke Vorbehalte gegenüber einer verstärkten bzw. verbesserten Vorsorge. Grund: Die Menschen leben länger und die Sozialsysteme werden stärker belastet. Eine mögliche Alternative wäre eine Umstrukturierung dieser Systeme.

Die Motivation, Geld für Vorsorgemaßnahmen auszugeben, ist bei den Ärzten eher gering. Zur Zeit nutzen nur etwa 14% aller vorsorgeberechtigten Bürger die vorhandenen Angebote.

Zum gleichen Thema referierte die Bundesministerin für Gesundheit, Ulla Schmidt, am 26. April 07 auf einer SPD-Veranstaltung. Frau Dr. Spielmann (MdB) hatte in die Ritterakademie eingeladen. Ein Aspekt, der sehr interessant ist, ist die Wiederbelebung von Institutionen und Einrichtungen, die es bereits in der DDR gab. Dies sind zum Beispiel die Polikliniken, heute medizinische Versorgungseinrichtungen (MVZ) genannt, und der Einsatz von Gemeindefriseurinnen. Zu letzterem läuft gegenwärtig ein Modellprojekt an der Uni in Greifswald.

Beide Veranstaltungen haben gezeigt, wie wichtig und notwendig Informationen für die Bürger sind. Es sollte auch immer wieder hinterfragt werden, wer welches Interesse hat und warum.

Kerstin Huch

Mit der AG Senioren in Oranienburg

Keiner konnte sagen „Ich habe das alles nicht gewusst“

Am 22.04.07 machten wir eine Busfahrt nach Sachsenhausen, die von der AG Senioren unserer Linkspartei.PDS organisiert wurde. Es war eine unvergessliche, lehrreiche Fahrt, die uns alle bewegte. Als wir durch das Tor gingen, lasen wir „Arbeit macht frei“. Welcher Hohn, welche Ironie? Für jeden Menschen, der durch dieses Tor ging, hörte jegliche Art von Freiheit auf.

Mehrere Millionen Menschen sind in den KZ und Vernichtungslagern ums Leben gekommen, gequält und gedemütigt worden, mussten unmenschliche Entbehrungen und Torturen erleiden. Der frühere Direktor der Gedenkstätte Sachsenhausen führte und erzählte uns, dass die Menschen, die durch das Tor gingen, stundenlang ohne Essen und Trinken stehen mussten, geschlagen und getreten wurden. Alles wurde ihnen genommen: die Kleidung, die Namen, die Haare und die Würde. Stattdessen bekamen sie gestreifte Häftlingskleidung, eine Nummer, Brot und Wasser, ein überfülltes Bett und als zu Hause eine Baracke.

Die Häftlinge, das waren Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Juden, Russen, Dänen, Franzosen, Polen. Sie wurden, wie es zynisch hieß, in „Schutzhaft“ genommen. Sachsenhausen war das erste Lager in Deutschland und die Zentrale für alle anderen Lager, wie Dachau, Buchenwald, Flossenburg, Bautzen, Torgau. Neben den großen Lagern gab es auch kleinere, wie Herzogenbosch, Bergen-Belsen, Nordhausen, Riga, Theresienstadt und Auschwitz. Weitere KZ kamen nach Beginn des 2. Weltkrieges dazu, wie z.B. Treblinka und Solibor.

Wir erfuhren, dass die Häftlinge schwere Arbeit verrichten mussten. So wurden vor eine Walze nicht etwa Pferde gespannt, sondern mehrere völlig entkräftete Menschen. Einige Menschen mussten Stiefel für die Wehrmacht testen, indem sie bei jedem Wetter 11 Stunden laufen, marschieren, hüpfen und kriechen mussten. Der Aufseher war kein Nazi, sondern ein Doktor der Schuhindustrie, aber ein perverses Schwein, wie die faschistischen Aufseher.

Keiner der Oranienburger konnte nach dem Krieg sagen: „Ich habe das alles nicht gewußt“. Vom KZ

liefen in Kolonnen klappernd mit Holzschuhen die Menschen durch Oranienburg zur Arbeit in die Fabriken. Tagelang drang der süßliche rauchige Qualm aus den Verbrennungsöfen. Menschen wurden vergast und verbrannt. Und keiner will etwas gewusst haben? Aber es gibt Zeitzeugen, Dokumente, Filme und andere Beweise, die der Nachwelt zeigen, was alles im Namen der sogenannten „Umerziehung und Schutzhaft“ unter der Hitlerdiktatur geschah.

Wir dürfen diese Tatsachen nie vergessen!
Rosi Musehold

Eindrucksvolle Bilder über die Fahrt nach Sachsenhausen

In der Geschäftsstelle der Linkspartei. PDS liegt ein Album mit den Bildern von der Fahrt nach Sachsenhausen, organisiert von der AG Senioren. Schaut Euch bitte die Bilder an und wenn Ihr Interesse habt, tragt bitte eure Bestellung in die dazugehörige Liste ein.



Selber entscheiden und selber mitmachen!

Als Mitglied der Linkspartei.

Denn nur eine starke Partei kann sich

stark machen!!!

Im Internet unter www.sozialisten.de

oder in der Geschäftsstelle

am Altstadt Markt 2,

14770 Brandenburg,

telefonisch 03381/22 47 33

Eine Stunde Rechtskunde

Am 19.04.2007 wurde es um 18.00 Uhr im Fontaneklub sehr interessant. Ging es doch in der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierten Veranstaltung um das Thema „Rechtsstaat versus Unrechtsstaat“. Die erste Überraschung erlebte ich beim Anblick des Vortragenden Dr. Volkmar Schöneburg. Stand doch in der Ankündigung, dass er Verfassungsrichter sei, und die stellt man sich eher als graumelierte, ehrenwerte Herren vor, nicht als jugendlich wirkende Männer mit knapp 40 Jahren. Er begann mit der Klärung des Begriffes Rechtsstaat. Dieser wurde ursprünglich als Gegenbegriff zum Preußischen Polizeistaat entwickelt. Dabei sind die Eckpfeiler des Rechtsstaates das Rückwirkungsverbot, das Analogieverbot, die Unabhängigkeit der Justiz und die Gewaltenteilung. So verstehen wir auch heute noch den Rechtsstaat, der sich auch in der Teilung der Institutionen zeigt. Hier stößt man dann auch gleich auf den größten logischen Fehler im Wort „Unrechtsstaat“, definiert doch der Staat was „Recht“ ist. Daher ist eine klare Definition des Wortes Unrechtsstaat derzeit nicht möglich. Es lässt sich eher als moralischer und politischer Begriff bezeichnen, nicht als Gegenbegriff zum Rechtsstaat. Wenn man es auf die DDR bezieht, sollte eher vom „vormundschaftlichen Staat“ gesprochen werden. Zudem ist der einzige Staat, von dem bisher gesagt wurde, er wäre ein Unrechtsstaat gewesen, das Naziregime von 1933 bis 1945.

Die sich durch diese Analogie ergebende Wirkung führt zu vielen Missverständnissen im heutigen Leben, vor allem bei jenen, die es nicht miterlebten.

Ein Grundsatz in unserem Staat ist auch die Trennung von Geheimdienst und Polizei, die in der DDR so nicht existierte. Gegenwärtig erleben wir aber auch, wie diese Trennung immer weiter aufgeweicht wird. Wer sich darüber genauer informieren will, sollte die Nachrichten der letzten Wochen genau lesen. Auch die Frage einer Sicherungsverwahrung von Straftätern nach Verbüßung ihrer Strafe, die immer wieder diskutiert wird, bricht eigentlich das Recht. Soll doch die Strafe dem Verbrechen entsprechen, was durch die Unbestimmtheit der Dauer der Sicherungsverwahrung nicht gegeben ist. Ich hoffe, dass dieser interessante Abend möglichst bald fortgesetzt werden kann und es einen zweiten gibt. Wenn die Möglichkeit besteht, werde ich auch das nächste Mal dabei sein.

Ralf Nethe

5. Kinder- und Familienfest auf dem Gelände des Waldcafes

Am 03. Juni 2007 ab 10.00 Uhr feiern die Brandenburger des Stadtteiles Görden und ihre Gäste ihr traditionelles Kinder- und Familienfest.

In diesem Jahr werden Straßenfußball, Wettbewerbe, eine kleine Eisenbahn, Musik, Tanz, eine Hopseburg und tolle Preise unsere Kinder erfreuen. Aber auch für die Erwachsenen gibt es Überraschungen.

Für die Verpflegung sorgt das Gaststättenehepaar Köprücü. Ein Kuchenbasar und ein Trödelmarkt tragen zur Finanzierung des Festes bei. Wer noch Kuchen backen möchte, sollte es tun. Die Kuchen können am Tag des Festes abgegeben werden. Es ist aber auch möglich, den Kuchen einen Tag vor dem Fest bei der Genossin Musehold abzugeben.

Wir laden alle Genossinnen, Genossen und Freunde mit ihren Kindern und Enkelkindern am Sonntag, dem 03. Juni ab 10.00 Uhr recht herzlich ein.

Die Bundestagsabgeordnete der Linkspartei.PDS, Diana Golze, wird als Schirmherrin das Fest eröffnen, Auszeichnungen vornehmen und Gespräche mit euch führen.

Also nicht vergessen, am 03.06.07 ab 10.00 Uhr im Waldcafe Görden - 5. Kinder- und Familienfest

„Jamsession mit dem Bluesminister“ MAZ vom 10.05.2007

In seinem für mich sehr ironischen und doch eigentlich sehr stilvollen Bericht über die Dienstagabenddiskussion (08.05.2007) zu „Werterziehung in der Schule“ mit dem SPD Bildungsminister Rupprecht in der Domaula hat der Autor sehr genau die Befindlichkeiten der Brandenburger Lehrerschaft erkannt.

Besser als mit dem Bild des Blues, der meist eine traurige Musik verkörpert und dessen Texte häufig auch von Verrat, Resignation oder Einsamkeit handeln, kann man die Gefühle der Anwesenden kaum beschreiben.

Das zeigte sich mir vor allem in den Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen nach Ende des offiziellen Teils der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ich mag Eric Clapton, seine Musik, seine Konzerte. Ich mag keinen Bildungsminister, der sich als der Lehrerverstehere offenbart - „der Honig floss in Strömen“ -, der aber viel zu wenig für seine Lehrer kämpft.

Ich mag keinen Bildungsminister, der ständig Haushaltsvorbehalte in seiner Argumentation vorschiebt. Ich mag keinen Bildungsminister, der konkreten Fragen mit blumigen Antworten ausweicht oder diese einfach nicht verstehen will.

Besuch im Bundestag

Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Frau Diana Golze besuchten wir, die Klasse 10a der Gesamtschule Görden, am Donnerstag den 22.03.2007 den Bundestag in Berlin.

Nach der Ankunft mussten wir uns alle einer Sicherheitskontrolle unterziehen, um in die Plenarebene zu gelangen, wo wir unsere Garderobe abgeben mussten. Herr Öchsle, ein Mitarbeiter von Frau Golze, führte uns auf die Besuchertribüne. Dort schauten wir uns etwa 1 Stunde lang eine Plenarsitzung zum Thema „50 Jahre römische Verträge“ an und erhielten so einen Einblick in die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten während einer Plenarsitzung. So hatten wir auch die Gelegenheit Frau Merkel und andere bekannte Politiker aus nächster Nähe zu sehen.

Danach führten wir ein Gespräch in einem Seminarraum mit der Bundestagsabgeordneten Frau Golze, welche in ihrer Partei, der Linkspartei.PDS, für Jugend, Bildung und Sport verantwortlich ist.

Dabei ging es an diesem Abend z.B. um solche wichtigen Dinge wie Vermeidung von Unterrichtsausfall, Reduzierung der Klassenfrequenzen, Ermäßigungstatbestände für alle die Tätigkeiten, welche über die eigentliche Lehrtätigkeit hinausgehen (Bsp. Einschätzung des Arbeits- und Sozialverhaltens), Kontinuität in der Bildungspolitik, Sozialarbeit an Schule!

Ich mag keinen Bildungsminister, der alle seine Entscheidungen mit der Koalitionstreue zur CDU begründet und sich damit im Grunde genommen aus seiner Verantwortung stiehlt.

„Wir haben alle noch Reserven“, so der Minister. Die Brandenburger Lehrerinnen und Lehrer arbeiten täglich bis an die Grenze aller ihrer Reserven!

Welche Reserven kann Minister Rupprecht noch für seine Kolleginnen und Kollegen selbst in seinem Ministerium erschließen, trotz CDU?

Ich mag Eric Clapton, seine Musik, seine Konzerte! „I feel blue“, ich bin traurig und zugleich zornig über eine Harmonie, die über die akuten Probleme in unserem Bildungssystem hinwegtäuscht.

Heidi Hauffe (Vorsitzende des GEW-Kreisverbandes Brandenburg a.d.H.)

Sieklärte uns über ihre Tätigkeiten und Funktionen im Bundestag auf und erzählte uns, was sie in den 2 Jahren alles erreicht hat. Unter anderem führten wir auch eine interessante Diskussion über den Zustand der Schulen und das Mitspracherecht der Schüler im Land Brandenburg durch. Am Ende des Gesprächs luden wir Frau Golze und Herrn Öchsle zum Gegenbesuch in unsere Schule ein. Sie versprachen die Einladung wahrzunehmen, um sich unsere Probleme vor Ort anzusehen.

Besonders beeindruckt waren wir von der anschließenden Besichtigung des Paul-Löbe-Hauses. Nach dem Mittagessen bewunderten wir dann noch die Berliner City von der Reichstagskuppel aus.

Frau Hauffe ist es durch diese Form des Unterrichts im Fach Politische Bildung gut gelungen uns mit der Thematik des Staatsaufbaues und der Verfassungsorgane vertraut zu machen.

Termine

Fraktionssitzungen der Linkspartei.PDS am
14.05.07 und 28.05.07, jeweils 18.00 Uhr,
Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS

Die Trauerfeier für Patra Faderl findet
am Montag dem 21. Mai 2007 um 13.00
Uhr im Brandenburger Theater im
CulturCongressCenter in Brandenburg an der
Havel, Grabenstraße 14, statt.

Stadtvorstandssitzungen in der Geschäftsstelle
16.05.07 und 23.05.07, jeweils um 18.00 Uhr

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung:
24.05.07, 18.00 Uhr, Fontane-Club
Thema: „Klimawandel – Realität oder
Panikmacher?“ Ort: Fontane -Klub

Wir Gratulieren

04.05. *Brigitte Falkenberg*

04.05. *Katrin Jacobi*

05.05. *Gerhard Noetzel*

06.05. *Paul Schulze*

06.05. *Wolfgang Fliegner*

08.05. *Michael Kunczak*

08.05. *Werner Reiter*

09.05. *Günter Reblé*

10.05. *Brunhilde Kette*

10.05. *Martin Milan-Eid*

12.05. *Heinz-Ulrich Fuhrmann*

12.05. *Gisela Müller*

13.05. *Rudi Müller*

14.05. *Ursula Baginski*

16.05. *Steffen Köhn*

16.05. *Rosemarie Slotta*

17.05. *Rosa-Maria Musehold*

18.05. *Werner Musehold*

20.05. *Werner Fuhrmann*

21.05. *Margot Röhring*

22.05. *Annemarie Böttcher*

27.05. *Jürgen Barz*

27.05. *Rico Fleischer*

27.05. *Harry Muschner,*

Öffnungszeiten

Montag 9-17 Uhr

Dienstag 9-17 Uhr

Mittwoch 9-13 Uhr

Donnerstag 9-17 Uhr

Linke.PDS-Geschäftsstelle

Altstädtischer Markt 2

14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 0 33 81 - 22 47 33

Fax: 0 33 81 - 22 99 61

Internet: www.linksparitei-pds-stadt-brb.de

E-Mail: info@linksparitei-pds-stadt-brb.de

Impressum

Herausgeber: Linke.PDS-Stadtverband Brandenburg

Verantw. i.s.d.P.: Silvia Hauffe

Anschrift: Altstädtischer Markt 2,

14770 Brandenburg an der Havel

E-Mail: info@linksparitei-pds-stadt-brb.de

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung

und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion

übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht

zur auszugewiesenen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder

übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nächster Redaktionsschluss 06. Juni 2007